

PRESSEMITTEILUNG

14.06.2016

SOZIALPOLITIK DER STADTSPITZE LÄSST ZU WÜNSCHEN ÜBRIG

Die regionalen Wohlfahrtsverbände fordern mehr sozialpolitische Verantwortung und zeigen in ihrem Positionspapier dringenden Handlungsbedarf, unter anderem in den Bereichen Wohnungslosigkeit, Integration von Flüchtlingen und Altenpflege auf. „Auch wir betrachten die derzeitigen Bemühungen des Oberbürgermeisters, insbesondere bei der Unterbringung von Flüchtlingen, der Seniorenpolitik und der Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut, als unzureichend. Herr Schostok schafft es nicht, den sozialen Belangen der Bürgerinnen und Bürger Hannovers gerecht zu werden“, so der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, **Jens Seidel**.

Seidel weiter: „Die CDU-Ratsfraktion sieht vor allem bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen erheblichen Nachholbedarf. Die Stadtspitze muss endlich realisieren, dass Integration nur zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt funktionieren kann. Die CDU-Ratsfraktion fordert seit langem, alle Bürgerinnen und Bürger bei der Unterbringung von Flüchtlingen einzubeziehen und vor allem im Voraus zu informieren.“

Seidel kritisiert zudem: „Herr Schostok schafft es ebenfalls nicht, für annähernd ausreichend bezahlbaren, sozialen Wohnraum in Hannover zu sorgen. Zwar wurde eine Vereinbarung zwischen Stadt und Vertretern der Wohnungswirtschaft geschlossen, doch diese enthält nur oberflächliche Aussagen, anstatt konkrete Pläne zur Schaffung von preiswertem und barrierefreiem Wohnraum in nächster Zukunft.“

„Die Belange unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen ernster genommen werden. Altersarmut und Vereinsamung im Alter müssen endlich bekämpft werden. Die Infrastruktur der Stadt muss an den demographischen Wandel angepasst werden“, führt **Seidel** aus und ergänzt: „Mobilität, auch im Alter, muss ermöglicht werden. Zudem brauchen wir vielfältige und bessere Beratungsangebote für Seniorinnen und Senioren.“

Seidel abschließend: „Es ist gut, dass die Wohlfahrtsverbände die Schwachstellen in der städtischen Sozialpolitik aufzeigen. Die CDU-Ratsfraktion betrachtet die Sozialpolitik Hannovers mit großer Sorge und sieht an vielen Stellen Kurskorrekturen als dringend gegeben an.“

